

Volksblatt

Nummer 160

Dienstag, den 14. Juni

Jahrgang 1927

Die neue Front der Sozialdemokratie.

Von

Dr. Emil van den Boom-M. Gladbach.

Der die Vorgänge in öffentlichen und wirtschaftlichen Leben nicht in erster Linie unter tatsächlichen und politischen Gesichtspunkten, sondern aus sachlichen Erwägungen zu betrachten pflegt, der wird sich von der neuen Front der Sozialdemokratie seit ihrem Leipziger Generalappell vielleicht ein etwas anderes Bild machen, als man es für gewöhnlich vorgefunden hat. Das Bild war unseres Erachtens zu freundlich. Für die sozialdemokratische Partei bedeutet äußerlich diese Front eine Verstärkung ihrer Position. Der Parteiapparat — die örtlichen und provinziellen Organisationen, das Schul- und Lehrwesen, die Presse, die Vertretungen in den parlamentarischen Körperschaften in Verbindung mit den Gewerkschaften, Genossenschaften, Reichsbanner, Arbeiterportbewegung u. a. — erscheint in Ordnung und weist finanziell einen Hochstand auf, den seine zweite Partei zu verzeichnen hat. Ihr Programm erscheint mit dem neuen Agrarprogramm geschlossen; die Partei hat nunmehr auch der ländlichen Bevölkerung etwas angedient; sie kann mit Genugtuung darauf verweisen, daß die Annahme des Agrarprogramms einstimmig erfolgt ist und in diesem Punkte formell in der Partei Einigkeit besteht.

Das alles sind ohne Zweifel starke Akzente in der Parteibildung. Sie können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß hinter der Fassade vieles nicht in Ordnung ist, daß es in der Partei hart gärt, und vor allem ein Vertrauensverhältnis zwischen den Massen im Lande und dem Führertum nicht vorhanden ist. In den Auseinandersetzungen des Parteitaglang es aus dem Parteivorstand von Beschuldigungen der Geheimerei, Kriecherei und Angeberei, und auf der Gegenseite von brutaler Rücksichtslosigkeit des Parteivorstands, Unterdrückung der Meinungsfreiheit und Personenfall; von der einen Seite höfliche man, daß der preussische Ministerpräsident Braun als ein Staatsmann von Format gefeiert werde, wogegen wiederum vom Verband einzelner Parteimitglieder beschuldigt wurden, Parteibeschlüsse so geschäftig herabzusetzen, daß einem der Fels hochsteige; es wurden Angriffe eingebracht gegen den Arbeiter und Angestellten der Parteibetriebe, in denen versucht werde, die sozialen Einrichtungen abzubauen und die Arbeitszeit zu verlängern; es wurde gesagt, daß dieser Parteivorstand sich mit Gewalt in den Besitz von Zeitungen bringen und unbenutzte Redakteure hinauswerfen wolle; die einen meinten, die Partei dürfe keinerlei Beschränkung der Meinungsfreiheit dulden, die anderen verlangten Unterordnung der Meinungsfreiheit unter die Interessen der Partei; der Parteivorstand spreche von Jüdischthümlichkeit, von organisierter Quertreiberei, gelte mit Moskauer Geld. Das alles läßt nicht auf eine besondere innere Geschlossenheit der Partei schließen so wie die Übung von Tugenden, die in der sozialdemokratischen Zukunftsgesellschaft besonders zu Hause sein sollen.

Dementsprechend ist auch die zum Radikalismus neigende Opposition in der Partei viel stärker zu bewerten. In der insbesondere von Löss vor dem Parteitag angeregten Diskussion über die Frage, ob die Partei gegen die Reichstagsfraktion sich für eine längere Zeit auf die Opposition einstellen oder möglichst bald zu einer Politik der Mitverantwortung, einer Koalitionspolitik, zurückkehren solle, haben diejenigen allerdings die Oberhand gewonnen, die unter allen Umständen den Weg zu Zukunftsoptionen offen gehalten wissen wollten. Nach der auf dem linken Flügel der Partei stehenden „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 124) dürfte aber bei der Abstimmung über diese Frage „die Opposition etwa 30 Prozent der auf dem Parteitag Stimmberechtigten umfassen haben. Das bedeutet gegenüber Heidelberg, daß jene Auffassung in der Partei stark an Boden gewonnen hat, die mit einer politischen Praxis, wie sie jahrelang von der Partei gelebt worden ist, nicht einverstanden ist.“ — Weiter bemerkt das Blatt (Nr. 125): „Der Parteitag hätte beschließen müssen, die Opposition ohne Rücksicht auf bürgerliche Parteien im Geiste des proletarischen Klassenkampfes mit allen geeigneten parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu führen. Der Parteitag hat sich aber anders entschieden. Der Meinungsstreit ist damit nicht beendet. Er geht weiter, und wir glauben, daß die nächste Zukunft das Gewicht der Argumente der Opposition außerordentlich verstärken wird.“ — Man wird endlich annehmen dürfen, daß der Meinungsstreit die Opposition mehr entspricht, als die Koalition.

Aber auch für die Koalitionsfreunde bedeutet die Koalition nicht Gemeinschaftsarbeit in der Volksgemeinschaft, sondern den Willen zur Macht. Die Koalition ist nur Mittel zum Zweck. Darüber kann gar kein Zweifel sein. „Wir wollen siegen! Durch die Eroberung der Staatsmacht zur Verwirklichung des Sozialismus!“ „Erobert die Staatsmacht!“ so lautet der „Vorwärts“ (247 und 249) seine Parteigeflossen an. Die Sozialdemokratie will nicht die Volksgemeinschaft, sondern die Herrschaft. Und zwar schon für die aller nächste Zeit. Die Parteipolitik spricht das

deutlich aus, wo es heißt: „Die Losreißung der Arbeiterschichten aus der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien, die Sprengung der reaktionären Koalition und der Sturz der Rechtsregierung steht bei den kommenden Reichstagswahlen zur Entscheidung. Der Verfall der kommunistischen Partei, die Selbstenttarnung der bürgerlichen Reaktion machen den Sieg möglich.“ Der Parteitag ruft alle Vertrauensmänner der Partei auf, in härtester Geschlossenheit die Vorbereitung für den Wahlkampf zu betreiben. Es geht um die Stärkung der politischen und sozialen Machtstellung der Arbeiterklasse, in der demokratischen Republik die sozialistische Arbeiterbewegung zur ausschlaggebenden politischen Macht zu erheben.“ — Die Sozialdemokratie will auf Ganze gehen, den sozialistischen Klassenstaat.

Wer angeht dessen glaubt, bei der Sozialdemokratie der Zukunft eine bisher nicht gekannte größere Toleranz erwarten zu dürfen, dürfte sich täuschen. Das trifft sowohl für das politisch-wirtschaftliche Gebiet zu, als auch das kulturelle. In der Resolution der Schulfrage wird gesagt, daß die Sozialdemokratie die Weltlichkeit des gesamten öffentlichen Schul-, Erziehungs- und Forschungswesens unter unbedingter Aufrechterhaltung der staatlichen Schulpflicht fordert. Solange die allgemeine Weltlichkeit nicht erreicht sei, sehe die Sozialdemokratie in der weltlichen, das heißt also brenntestfreien, Schule ein wertvolles Teilziel. — Zur Frage etwaiger Konfessionsdate ist der Satz von Schulbeziehung: „Jede Vereinbarung des Staates mit der Kirche lehnen wir ab.“ — Wenn aus dem Umstand, daß in der bereits erwähnten Resolution stark in Toleranz gemacht wird und sich hier der Satz findet: „Der Partei-

tag erhebt Protest gegen die Entfesselung eines sogenannten Kulturkampfes“, auf eine Sinneswandlung der Sozialdemokratie geschlossen wird, so möge man sich auch hier vor falschen Schlüssen wohl hüten. Nicht aus Ehrfurcht vor dem Kulturgeist des andern, sondern weil man in dem Kulturkampf den Versuch sozialreaktionärer Kräfte erblickt, die Trennung zwischen den Arbeitern aufrechtzuerhalten, um über die Getrennten die politische und soziale Herrschaft leichter ausüben zu können“ — hängt sich die Sozialdemokratie ein bisher nicht gekanntes Toleranzmännchen um.

Auch in der Sozialdemokratie ist eine Art Stabilisierung erfolgt. „Unsere Partei“, so schreibt die „Volksmacht“ für Schlesien (Nr. 124), übertrug durch ihr weit über die Gegenwart hinausweisendes Ziel und durch ihre organisatorische Stärke alle anderen Parteibildungen an Bedeutung. Unsere wieder wachsende Mitgliederzahl ist jetzt rund achtmal so stark wie die seit 1924 ständig zurückgehende Organisationsziffer der Kommunisten, und auch die stärksten bürgerlichen Parteien können nur noch durch Vereinigung aller ihrer Kräfte in der gemeinsamen Klassenfront des Reichstags unsere Einflüsse in der Reichspolitik wirksam bekämpfen.“ — Die heutige sozialdemokratische Partei ist nicht mehr die gleiche, wie nach dem Kriege, wo sie in drei Gruppen zerfiel. Sie offenbart den stärksten Willen zur Macht, um „alle Arbeitenden in einer politischen Partei, der Sozialdemokratie, zu vereinen.“

Die Sozialdemokratie rüstet sich in verstärkter Front zu einem neuen Vormarsch. Von der Nachsicht der anderen Parteien wird es abhängen, ob und wie weit dieser sie ihren Zielen näher bringt.

Pessimismus in Genf.

Schwüle Atmosphäre.

Von unserer Berliner Redaktion.
Berlin, 14. Juni. (Drahtber.)

Der Beginn der Ratstagung zeigt eine Atmosphäre, die fast befürchten läßt, daß die berühmten Blüten von Locarno und Doherty unter dieser trostigen Atmosphäre allmählich absterben. Der bedenkliche Wandel der Dinge hat sich schon äußerlich kund gegeben, daß am Sonntag vor der Ratstagung keine Besprechungen der maßgebenden Außenminister stattfanden. Diese Tatsache war begrifflich wohl geeignet, in Genf das größte Aufsehen zu erregen. Es hatte sich in Genf der Brauch herausgebildet, daß vor Beginn einer Ratstagung die leitenden Staatsmänner der drei Großmächte zusammenkamen, um die Fragen zu besprechen, die auf der Tagesordnung standen bzw. einer persönlichen Führungnahme vorbehalten blieben. Man hatte sich bereits so daran gewöhnt, daß man es als selbstverständlich annahm, daß auch dieses Mal von diesem Brauch nicht abgewichen würde. Um so größer war deshalb das Erstaunen, als weder von der einen noch von der anderen Seite auch nur der leiseste Versuch unternommen wurde, eine Zusammenkunft zu arrangieren, obwohl gerade jetzt genügend Fragen zu besprechen sind. Diese gegenseitige Zurückhaltung wirkt ein benachteiligendes Licht auf das Mißtrauen, das inzwischen unter den einzelnen Parteien Platz gegriffen hat.

Satzungsgemäß hatte der Völkerrundrat an und für sich die verbindliche Pflicht und Schuldigkeit, sich auch offiziell mit den brennenden aktuellen Fragen der Weltpolitik zu befassen. Aber in Wirklichkeit handelt es sich nach dem Motto: „Über Themen darf nicht gesprochen werden“ und brückt sich in weitem Bogen daran vorbei. Die Herrschaften tun z. B. so, als ob sie noch niemals etwas von der Verschärfung des Konflikts zwischen England und Rußland oder von dem polnisch-russischen Streitfall gelesen hätten. Man bemüht sich vielmehr, alle wirklich wichtigen Fragen der europäischen Politik der Kompetenz des Völkerrundrats zu entziehen. Ein Zeichen von politischem und moralischem Mut ist in dieser Zeit jedenfalls nicht zu erblicken. Namentlich den Machthabern in Moskau wird dadurch nicht der Eindruck beigebracht werden können, daß der Völkerrund eine übermäßig imponierende und mächtige Institution darstelle. Die Abneigung Sowjet-Rußlands gegen den Völkerrund wird übrigens augenscheinlich auch noch psychologisch dadurch verstärkt, daß infolge eines abgebrochenen Zufalls die gegenwärtige Tagungsperiode unter Leitung des Außenministers des von Moskau so gehassten Großbritannien liegt.

Aber auch die Regelung derjenigen Interessen, die in den deutsch-französischen Beziehungen eine wichtige Rolle spielen, steht wie schon eingangs erwähnt, unter einem recht unangünstigen Stern. Die Gefahr drohender Rückschläge in der Verständigung mit unserem westlichen Nachbarn ist nicht von der Hand zu weisen. Schon bisher hat Briand die Schwierigkeiten in Paris bei fast allen Ratstagungen und allen Entscheidungen zwischen Frankreich und Deutschland ausgenutzt, um ein Kompromiß herauszuholen, das entweder offen zu Gunsten Frankreichs ausfiel oder we-

nigstens Frankreich die Möglichkeit gab, später noch einmal vorzustechen.

Jetzt spricht Briand sogar mit einem gewissen Grund von den besonderen Schwierigkeiten in Paris. Briand soll nach der in Genf allgemein geteilten Auffassung ziemlich schwach dastehen. Briand ist der französische Sozialist, der von dem Völkerrundrat eingetragenen. Man spricht sogar davon, daß Paul Boncour Briand vertreten soll, falls der französische Außenminister bei einer Verschärfung der inneren Krise nach Paris zurückkehren muß. Ganz offen ist bei den Franzosen die Ansicht zu hören, daß Briand gar nicht in der Lage sei, wesentliche Konzeptionen in der Frage der Herabsetzung der Zahl der Besatzungstruppen zu machen, da das die innerpolitische Lage in Frankreich verbiete. Es gehört also kein besonderes Talent dazu, sich die Möglichkeit auszumalen, daß Deutschland, das sich jetzt trotz Locarno in eine ziemlich isolierte Stellung versetzt hat, auf die Ergebnisse der diesmaligen Ratstagung mit stark gemischten Gefühlen wird zurücksehen müssen.

Der Beginn der Tagung.

Genf, 13. Juni. Der Völkerrundrat ist heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz Chamberlains zu seiner 45. ordentlichen Tagung zusammengetreten. Nach einer kurzen Geheimnisnacht, in der die Tagesordnung unter Einschluß der Memelschwärde genehmigt und einige administrative Fragen geregelt wurden, der litauische Vertragsantrag selbst aber nicht zur Sprache kam, trat der Rat in öffentlicher Sitzung zunächst in die Beratung von drei dänischen Fragen ein. Es handelt sich dabei um das Gesetz des dänischen Senats auf Befreiung des Luftfahrtales in Danzig von den bisher geltenden Beschränkungen, ferner um die Erneuerung eines Vorstehenden für das in einem kürzlich abgeschlossenen Danzig-polnischen Vertrag vorgesehene Tabakmonopol, schließlich um die Befreiung des Völkerrundratskommissars in Danzig zum Vertreter des Rates für die jeweilige Genehmigung zum Durchtransport nichtpolitischer Kriegsgüter durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig.

Die Geheimhaltung des Rates.

Genf, 13. Juni. In der heutigen Geheimhaltung des Völkerrundrats wurde auf Vorschlag von Reichsaussenminister Dr. Stresemann beschlossen, die Frage der Bedingungen, unter denen die Ästen über die deutsche Bivillatratik auf Grund des Pariser Abkommens vom 22. Mai 1926 zur Verfügung des Völkerrundrats gehalten werden sollen, mit zur Sprache zu stellen. Ferner wurde auf Vorschlag des Reichspräsidenten beschlossen, mit der Entscheidung über den litauischen Vertragsantrag zur Memelschwärde bis morgen (Dienstag) zu warten.

Danzig auf die lange Bank.

Genf, 13. Juni. Infolge auf die heute im Völkerrundrat behandelten drei dänischen Fragen wurde entsprechend den Vorschlägen des litauischen Reichsaussenministers beschlossen, die Frage der Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen für den Danziger Flugverkehr auf eine kurze Frist auszuschieben, da Senatspräsident Sahm, unterstützt vom Völkerrundratskommissar van Samel, um Befreiung der Entscheidung hat, an der Danzig ein erhebliches wirtschaftliches Interesse habe.

Aus formalen Gründen wurde trotzdem die Vertagung bis zur nächsten Ratssession beschlossen. Auf Bericht des polnischen Außenministers Jazewski wurde die Einberufung einer internationalen Juristenkonferenz zur Modifizierung verschiedener Rechtsmaterien in Aussicht genommen, wozu der holländische Außenminister van Hoot die Vereinfachung dieser Völkerrundratsarbeit mit der internationalen Privatrechtskonferenz im Haag eine Einladung nach Holland ausbrachte. Ueber die Einberufung einer solchen Konferenz soll die nächste Völkerrundratsversammlung entscheiden. Chamberlain begründete dann noch seinen Antrag auf Herabsetzung der Zahl der ordentlichen Ratstagungen von 4 auf 3 im Jahre, schlug aber entgegen den Erwartungen der Öffentlichkeit vor, diese Frage erst in der nächsten Ratstagung und in Verbindung mit der Völkerrundratsversammlung zu entscheiden. Die nächste öffentliche Sitzung wurde auf Dienstag vormittag angelegt.

Die Unterredung Briand-Stresemann.

Genf, 13. Juni. Die Unterredung zwischen Briand und Dr. Stresemann währte von 5.30—6.30 Uhr. An der Besprechung nahmen nur Professor Desnards teil. Anschließend begab sich Dr. Stresemann sofort in das Hotel Beauvillars, wo eine Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Chamberlain stattfand. — Zu der Unterredung zwischen Stresemann und Briand wird von Seiten der deutschen Delegation erklärt, daß die Besprechung in freundschaftlichem Tone verlaufen sei. Neben den Deutschland direkt betreffenden Fragen wurde insbesondere auch die allgemeine politische Situation in Europa eingehend erörtert. In Kreisen der deutschen Delegation besteht jedoch der Eindruck, daß zu besonderem Optimismus vorläufig keine Veranlassung vorliegt, da in den Rheinlandfragen gegenwärtig noch immer nicht unerhebliche Schwierigkeiten bestehen. — Weitere Unterredungen zwischen Dr. Stresemann und dem englischen und französischen Außenminister werden im Laufe dieser Woche stattfinden. Heute abend nimmt Dr. Stresemann an einem Diner beim dänischen Senatspräsidenten Sahm teil.

Wie der Sonderberichterstatter des D. Z.-Büros meldet, trug die Aussprache zwischen Dr. Stresemann und Briand, wie in den knappen ausgegebenen Mitteilungen betont wird, einen durchaus freundschaftlichen Charakter. Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß für die Lösung der Deutschland besonders interessierenden Probleme irgendwelcher Fortschritt erzielt worden sei. Im Gegenteil kann der Eindruck nicht von der Hand gewiesen werden, daß diese Fragen sich noch in einem Zustand der Stagnation befinden, und es ist durchaus noch nicht sicher, daß es im Laufe der zu erwartenden Besprechungen gelingt, sie aus diesem Zustand herauszubringen und einer um befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Daher kann man die gesamte Situation nicht anders als frei von jedem Optimismus beurteilen. Die Schuld für eine solche Situation und dafür, daß die Locarnopolitik nicht die Früchte trägt, die von ihr für die beteiligten Mächte und für Europa zu erwarten sind, liegt nicht auf deutscher Seite. Ueber diese Gründe gibt die französische Presse der letzten Zeit mancherlei Anhaltspunkte: Es überwiegt offenbar in Frankreich das innerpolitische Moment, dagegen dürfte die in der Presse und auch hier in Genf ziemlich allgemein verbreitete Ansicht, daß aus dem Nichtzustandekommen einer Besprechung der Außenminister am ersten Sonntag Schläge zu ziehen seien, nicht zutreffen. Allerdings kann man dahingestellt sein lassen, ob der von deutscher Seite sowohl als auch von französischer Seite angegebene Grund der späten Ankunft des britischen Außenministers und seine Notwendigkeit, sich über die internationale Situation zu informieren, ausreichend ist. Zutreffend ist jedenfalls, daß von deutscher Seite kein Anlaß vorlag, vor Beginn der eigentlichen Ratstagung bei den fremden Außenministern Schritte zu unternehmen, die vielleicht den Eindruck erwecken konnten, als ob Deutschland als Gesprächspartner aufreite.

Die Tagung selbst bietet übrigens Anhaltspunkte genug für Feststellungen über die Bereitschaft bei den übrigen Locarnomächten auf deutsche Wünsche und Erfordernisse Rücksicht zu nehmen. Dahin gehört auch z. B. die morgen zur Verhandlung stehende Frage des litauischen Einspruchs gegen die Behandlung der von Deutschland eingereichten Memel-Beschwerde, gehört weiter die Frage Danzigs in Bezug auf das polnische Munitionsdop auf der Westerpforte. Aus der Ausschaltung der an sich wenig bedeutungsvollen Frage der deutschen Flugzeugfabrikation aus dem hier zur Erörterung gelangenden Problem lassen sich ebenfalls irgendwelche Schlüsse nicht ziehen.

Die Zerstörungsbearbeiten an den deutschen Düstelungen.

Berlin, 13. Juni. Nachdem der Sachverständige der Reichsregierung, Generalleutnant von Pawels, nunmehr die Beschäftigung der Zerstörungsbearbeiten an den 24 Betonunterständen im System der befestigten Werke an der deutschen Ostgrenze, die nach der Pariser Vereinbarung vom 31. Januar 1927 zu beseitigen waren, beendet hat, sind die Berliner Missionen der in der Völkerrundratskonferenz vertretenen Mächte, England, Frankreich, Italien, Belgien, heute durch das Auswärtige

Ami von der vereinbarungsgemäßen Durchführung der
Berufungsarbeiten schriftlich in Kenntnis gesetzt
worden.

Deutschland hält an seinem Standpunkt fest.

Genf, 12. Juni. Die Unterredung zwischen Dr.
Stefemann und Chamberlain dauerte von kurz vor 7
bis gegen 8.30 Uhr. Vorher hatte Chamberlain eine
Besprechung mit dem italienischen Ministerpräsidenten
Bonomi, der am Vormittag einen Brief an einen
Besuch abgelehnt hatte, sowie mit Ministerdirektor
Dr. Gaus. In der Frage der Kontrolle der einseitigen
Verhandlungen, die auf die Möglichkeit einer Lösung
hinauslaufen, schienen gewisse nicht unerhebliche
Schwierigkeiten geltend zu machen, da auf deut-
scher Seite der Standpunkt der Alliierten, die Kontrolle
der gestörten Beziehungen durch eine Inspektion der
drei Berliner Militärattachés zu regeln, nicht geteilt
wird. Unter diesen Umständen dürften die Verhandlungen
der nächsten Tage in dieser Frage nicht ohne
ernste Schwierigkeiten verlaufen. Man steht in
den Kreisen der deutschen Delegation den weiteren Ver-
handlungen zwischen dem Außenminister in den Deutsch-
land direkt berührenden Fragen nicht ohne Besor-
gnis entgegen, da man deutscherseits nicht gewillt ist, der
Inspektion der Offizieren in Form einer irgendwie
gearteten Kontrolle zuzustimmen.

Der Deutschen Allgemeinen Zeitung geht von einem
Refer eine vernünftige Zuschrift zu, die ihrer Eigenart
wegen übergeben zu werden verdient. Der Vor-
schlag lautet:

Seit Wochen geht schon der Zeitungskampf zwischen
Deutschland und dem belligerem Ausland über die Frage
um, ob Deutschland es gestattet muß, daß die Alliierten
sich von der Erfüllung der Verträge in Ostpreußen
überzeugen dürfen. Ich würde nicht nur die feind-
lichen militärischen Militärattachés eingeladen haben,
sondern auch darauf bestehen, daß die Herren
Gesandten und Botschafter selbst sich überzeugen. Ich
hätte die neutralen Länder ebenfalls eingeladen. Da-
bei dürfte ich vor allem auf die Herren von
„Tempo“ (H. Herrmann), der „Times“
u. v. Ich hätte sie alle in gleichem Maße mit
Sonderwagen und geschütztem Autos zu den betreffen-
den Stellen fahren lassen, hätte die gestörten Unter-
stände ausgemittelt, ihnen allen eventuell auch noch ein Ge-
heimgeheim gegeben und natürlich alles geklärt. Kurz
gefasst, ich würde sie alle auf eine feine Art und Weise
„verappeln“, wie der Berliner so schön sagt. So
meine Herren, steht Euch alles an, ob es auch nach Euren
Wünschen ist. Und wenn Ihr zufrieden seid, geht nach
Hause und schämt Euch Eurer Kniebeugen.

Der Wiederbeginn der Reichstags- verhandlungen.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 12. Juni. (Draht.)

Nach Beendigung der Pfingstferien tritt Dienstag
nachmittags 3 Uhr der Reichstag zur Erledigung seines
Sommerpensums zusammen. Vor den Erledigungen konnte
man erwarten, daß das Parlament befristet sein werde,
möglichst rasch zu arbeiten, damit die großen Herbst-
ferien wenigstens letzten Juni beginnen können. Diese
wünsche ist aber heute an Wert noch nicht ge-
steigert, denn die einzelnen Ministerien brauchen Zeit,
um die Ausführungsbestimmungen zu den letzten Ge-
setzen und die Antworten auf die Anfragen auszu-
arbeiten, sowie den vielen anderen Wünschen des Reichs-
parlamentes gerecht zu werden. Nur wenn die Minister
des Reichstages geschlossen werden, können die Vor-
arbeiten ihre Aufgaben erfüllen.

Angefangen des umfangreichen Programms, das vom
Reichstag in den nächsten Wochen erledigt werden muß,
machen sich starke Zweifel geltend, ob Ende Juni eine
Vertagung des Parlamentes auf Ende Oktober oder
Anfang November möglich sein wird. Das Gesetz über
die Verfassung und die Ausführung von Kriegsgesetzen
wird wohl keine Schwierigkeiten bereiten. Ebenso
steht es beim Reichsstaatsrecht, dessen Entwurf in
erster Lesung behandelt werden soll. Die
Oppositionsparteien werden hoffentlich begreifen, daß
bei der Erledigung dieses Gesetzes Momente berücksichtigt
werden müssen, welche mit der Erfüllung des Wunsches
nach einem größeren Deutschland zusammen-
hängen. In erster Lesung wird wohl auch das Reichs-
schulgesetz zur Beratung kommen. Bei dieser Ge-
legenheit werden die Demokraten und Sozial-
demokraten voraussichtlich ihrer Oppositionsrolle
etwas mehr die Flügel schließen lassen. Was die So-
zialpolitik betrifft, so kann das Arbeitslosen-
versicherungsgesetz als bedeutendste Aufgabe
der nächsten Zeit angesehen werden. Der sozialpolitische
Ausgang zeigt schon seit vielen Wochen mit den
einzelnen Paragraphen ab. Hoffentlich ist die Beratung
dieses Gesetzes bald soweit gediehen, daß sich das
Ministerium mit der Materie befassen kann. Ferner werden
das Mietrechtsgesetz und das Reichsmiet-
rechtsgesetz auf der Tagesordnung des Reichsparlamentes
erörtern, da die beiden Gesetze am 30. Juni dieses
Jahres ablaufen. Die Wirtschaftspartei gibt sich alle
ernstliche Mühe, um die Aufhebung der Be-
stimmungen der beiden Gesetze zu erreichen. Aber ein
Erfolg darf so gut wie bestimmt als ausgeschlossen
bezeichnet werden. Wer auch kein Freund der Woh-
nungswirtschaft ist, kann angesichts der entsetz-
lichen Zustände auf dem Wohnungsmarkt einer freien
Wirtschaft das Wort nicht reden. Das Parlament wird
sich wahrscheinlich ganz einfach zur Verlängerung
der beiden Gesetze entschließen. Schwere Kopfschmerzen
wird aber nach dem Steuervereinfachungs-
gesetz machen, d. h. die Abschaffung des Reichsfinanz-
ministeriums, durch ein Rahmengesetz die Steuer-
gesetze zu regeln. Die größten Schwierigkeiten
gehen hier von den Ländern aus, die in der Ein-
bringung eines solchen Gesetzes einen Angriff auf die
finanzielle Selbständigkeit der Länder sehen und hinter
der geplanten Maßnahme eine Gefahr für den
föderalistischen Aufbau des Reiches erblicken. Der tragische
Tod des bayerischen Finanzministers Dr.
Krausnick wird wahrscheinlich auch hemmend wirken,
denn sein Nachfolger muß sich erst in das ganze Gebiet
einarbeiten. Bei den Vorklagen wird es wohl nicht
zu den Kämpfen kommen, welche die Opposition sich in
den letzten Wochen versprochen zu können glaubte. Es
wird sich wohl nur um eine Verlängerung des
Reichsstaatsrechts, der Ende Juni abläuft.

Wenn man bedenkt, daß neben diesen großen Fragen
noch eine Unmenge Kleinarbeit zu erledigen ist, wird

Die neue Note Rußlands an Polen.

Die Aufnahme in der Warschauer Presse.

Warschau, 12. Juni. Die zweite wegen der Er-
nennung des Grafen Bismarck an Polen gerichtete
Sowjetnote ist erst in später Nachtstunden hier bekannt
geworden. Es begnügt sich deshalb die meisten Zeit-
ungen mit dem kommentarlosen Abdruck des
Textes. Das Blatt der Bismarck-Anhänger „Głos
Prawy“ schreibt: Der scharfe und offensiv-
tönende Text der letzten Sowjetnote erschweren
eine ruhige Aufnahme. Im Bestreben der
Ausbreitung der sowjetischen Beziehungen hat die
polnische Regierung alles getan, damit dieser traurige
Vorfall die Beziehungen nicht stört, doch keinen Schritt
weiter. Die offizielle „Głos“ schreibt: Die pol-
nische öffentliche Meinung wird auf diese Note an-
worten müssen, teilweise durch entscheidendes Ver-
halten, teilweise durch vollkommene Richt-
setzung des Inhaltes. „Warszawianka“
schreibt: Da ein weiterer solcher Notenwechsel un-
vermeidlich zur Verschärfung der Beziehungen be-
tragen würde, wird es am besten sein, einen Schritt
ohne sachliche Grundlage nicht weiterzuführen.

Die polnischen Regierungs- beratungen.

Warschau, 12. Juni. Wie die „Warszawianka“ er-
fährt, hat man schon gestern in der polnischen Regierung
an der Antwort auf die zweite in der Angelegen-
heit Bismarck an Polen gerichtete Sowjetnote ge-
arbeitet. Die Antwort sollte heute tele-
graphisch nach Moskau abgesandt werden. Be-
kanntlich leitet Ministerpräsident Marszałek Bismarck
für die Dauer der Abwesenheit Józef Piłsudski das Ministerium
des Reiches.

Wie die Wälder mitteilen, beurteilt man in polnischen
Regierungskreisen die neue Sowjetnote nicht
besonders ernst. Man merke hier, wieviel mehr
alles zum innerpolitischen Gebrauch bestimmt
agitatoren Charakter hat. Es sei auch un-
richtig, daß irgendwelche Verurteilungen im hiesigen Außen-
ministerium über eine polnische Antwortnote stattge-
funden haben. Bis jetzt sei es noch ungewiss, wann die
polnische Antwortnote abgesandt wird. „Przegląd
Wiadomości“ hält es sogar für möglich, daß Polen die
Sowjetnote überhaupt nicht beantworten wird.

man sich wohl mit dem Gedanken vertraut machen
müssen, daß die jetzige Tagung des Reichsparlamentes
sich mindestens bis in die erste Juliwoche
erstrecken wird.

Der Zwischenbericht des General- agenten für Reparationszahlungen.

Berlin, 12. Juni.

Der Generalagent für Reparationszahlungen hat
einen Zwischenbericht über die Zeit seit dem 1. Septem-
ber 1926 erstattet, in dem er den Kapiteln über den
Reichshaushalt und die deutschen Kredit- und Wäh-
rungsverhältnisse eine eingehende Schilderung widmet.
Den Schlussbemerkungen des Berichts ist u. a. zu ent-
nehmen:

Der Sachverständigenplan hat vor allem versucht, aus
dem Reparationsproblem ein praktisches und ge-
schäftsmäßiges Programm zu schaffen, auf
Grund dessen die Reparationszahlungen, anstatt den
Wiederaufbau Deutschlands und Europas
zu stören und zu behindern, ein positiver Ein-
fluß in der Richtung der Stabilität und des wirtschaft-
lichen Wiederaufbaus werden konnte.

Der Plan selbst hat während der Berichtsperiode nor-
mal gearbeitet. Deutschland hat die vereinbarten Gold-
markzahlungen an den Generalagenten lokal und
pünktlich geleistet. Auch die Lieferungen sind
regelmäßig und laufend unter Aufsicht des Trans-
portkomitees vor sich gegangen, ohne die Stabilität
der deutschen Währung in Mitleidenchaft
zu ziehen. Dabei haben die Lieferungen in
fremde Währung einen wachsenden Anteil ge-
bildet. Im allgemeinen ist der Fortschritt der deutschen
Wirtschaft befriedigend, wenn auch nicht allgemein und nicht
frei von Schwierigkeiten vor sich gegangen. Jedoch weist
der große Umfang der Einbuße ohne ent-
sprechende Ausfüllung der Frage auf,
ob sich Deutschland neuerdings im Innern nicht über-
entwickelt hat, ohne seine Fähigkeit zu steigern, im
weltweiten Wettbewerb auf den Weltmärkten
zu treten.

Der große Einfuhrüberschuß der letzten
sechs Monate war in der Hauptsache für die kirchliche
Beanspruchung der Reichsbankreserven und für die
Erreichung des Goldexportpunktes
durch die deutsche Währung verantwortlich. Die ganze
Periode hat weiterhin unter dem Einfluß der Kredit-
politik der Reichsbank gestanden.
Die Stabilität der deutschen Währung
ist bereits festgestellt. Was den deutschen Haus-
halt betrifft, so sind die Erwartungen der Sachverständigen
hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben im
allgemeinen, einschließlich der Zahlungen an die Länder
und Gemeinden, befriedigend gelungen, wobei die Aus-
gaben nunmehr die Einnahmen übersteigen. Zum ersten Mal
seit der Einführung des Sach-
verständigenplanes ist es zur Bilanzierung des
Haushalts notwendig gewesen, auf Anlei-
hen zurückzugreifen. Zu gleicher Zeit bleibt die
wesentliche Stabilität des Haushalts unberührt, und es
besteht kein Zweifel, daß sie mit Erfolg gewährleistet
bleibt, wenn die deutsche Regierung die normalen
Vorfälle treffen wird, die in ihrem
eigenen Interesse notwendig sind. Unter
Auseinandersetzung des Sachverständigenplans haben seit
Beginn des Jahres bestanden, und das fortwährende In-
teresse der deutschen Regierung und der Gläubigermächte
an seinem Fortschritt bildet die Grundlage für seine
weitere Entwicklung.

Reichsratsbeschlüsse.

Berlin, 12. Juni. Der Reichsrat nahm in seiner
öffentlichen Sitzung vom Montag nachmittags
die Gesetzesentwürfe zur Ratifizierung des Uebereinkom-
mens und des Statuts über die internationale Rechts-
ordnung der Seefahrer und das internationale
Abkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln
über die Kommunikation der Staatschiffe an.
Zur Begründung des Einspruchs des Reichs-
rates gegen das Seefahrergesetz haben die
Ausschüsse in wiederholter Beratung die frühere Be-
gründung aufrecht erhalten. Der Reichsrat hat
danach beschlossen, Einspruch zu erheben. 1. weil im
§ 1 des Gesetzes die „Rann“-Vorrichtung zum Reichs-
rat in eine „Rann“-Vorrichtung umgewandelt worden ist,
die die Länder praktisch und finanziell schwer be-
lasten würde, 2. weil die Vorrichtung über die Mit-
wirkung Jugendlicher bei Film- und
Bühnenproduktionen gestrichen worden ist und da-
durch gleiche Tatbestände in ungesetzlicher Weise
ungleich behandelt würden. Namens der bayeri-

Eine Unterredung mit Jalecki.

Der Genfer Berichterstatter des B. Z. hatte mit dem
polnischen Außenminister Jalecki eine Unterredung, in
der er sich über die neue Note der Sowjetregierung aus-
sprach. Er erklärte u. a.: Ich bin der Meinung, daß
die Note eine sehr geeignete Grundlage für
die Regelung der Angelegenheit vom internationalen
Gesichtspunkte aus bildet. Die Sowjetregierung stellt
drei Forderungen. Was die erste betrifft, daß die pol-
nische Regierung die nötigen Maßnahmen zur ein-
seitigen Unterordnung, Festlegung und Freigabe der
Urheber des Materials und ihrer
Mittel treffen soll, so ist diese Forderung bereits er-
füllt. Die Unterordnung ist sehr eingehend gefestigt
worden. Man hat Festlegungen vorgenommen, ob etwa
ein Komplotz besteht und bis zu welcher Abreise von
Warschau hatte man etwa 50 Hausnummern der
Persönlichkeiten veranlaßt, die mit dem Mörder in
irgendwelcher Verbindung standen. Man hat indessen
nichts entdecken können. Wir haben keinerlei
Interesse, auf unserem Gebiet ausländische Or-
ganisationen zu dulden, die die Schwierig-
keiten mit unseren Nachbarn verursachen könnten.
Dies widerspricht unseren Gesetzen und wird auf
keinen Fall gestattet werden. Was die zweite
Forderung anbelangt, daß die polnische Regierung die
Mitwirkung von Sowjetvertretern an der
Untersuchung gestatten solle, so besteht bei uns
keine gesetzliche Bestimmung. Derjenige,
der durch ein Verbrechen geschädigt ist, hat das Recht,
zur persönlichen Teilnahme an der Unter-
suchung. Auch ist es ihm gestattet, Zeugen zu be-
nennen. Zu der dritten Forderung bemerke der pol-
nische Außenminister: Selbstverständlich sind terror-
istische Organisationen, die sich gegen einen un-
sicher Nachbarn richten, bei uns nicht gestattet
und, wenn die Sowjetregierung uns Material lie-
fert, werden wir die Sache eingehend untersuchen.
Wenn wir entsprechende Festlegungen machen, werden
wir gegen die betreffenden Organisationen und Perso-
nen vorgehen. Die Forderungen der Sowjetregie-
rung bieten somit keinerlei Schwierigkeiten,
und ich bin der Meinung, daß die Angelegenheit leicht
geregelt werden kann. Jedenfalls ist die Note der
Sowjetregierung in einem durchaus konzilianten Tone
gehalten.

Der Eindruck der Sowjetnote in Genf.

London, 12. Juni. Neuer Bericht aus Genf, daß
die zweite Note Sowjetrußlands an Polen einen sehr
schlechten Eindruck gemacht habe.

Die polnische Regierung beantragte Gesandter von Pre-
ssen, die zweite Note zu lesen und 2. der Be-
gründung. Die zweite Note wurde von der bayerischen
Regierung nicht betreten, da bei ihrer Auf-
rechterhaltung die Gefahr eines Scheiterns des
Gesetzes im Reichstage bestünde. Preußen hat da-
gegen, den Ausschlußbeschlüssen zuzustimmen, gegen
die sich der Vertreter der Provinz Pommern, Graf
Vehr, erklärte. Namens der Reichsregierung gab der
Minister des Innern v. Reußell die Erklärung ab,
daß die Befürchtung der bayerischen Regierung wegen
Aufrechterhaltung der Begründung zu § 2 von
der Reichsregierung in vollem Umfang geteilt
würden. Der bayerische Antrag auf getrennte
Abstimmung wurde angenommen. Die erste
Ziffer der Begründung fand in einfacher Abstimmung
mit Mehrheit Annahme. Die zweite Ziffer wurde in
namentlicher Abstimmung mit 35 gegen 28 Stim-
men angenommen. Während, enthielt
sich der Abstimmung, weil es vorzuziehen gegen
den Eindruck geteilt hat. Vor Eintritt in die Tages-
ordnung hat Minister v. Reußell dem in München
schon verurteilten bayerischen Finanzminister Dr.
Krausnick einen warm empfundenen Nachruf ge-
widmet, den die Reichsratsmitglieder lebhaft anhörrten.

Kommunistische Ausschreitungen.

Blutige Schlägerei in Witten.

Witten, 12. Juni. Hier fand heute das große
Gauereignis des Stahlwerks statt, zu dem
zahlreiche Vertreter aus dem rheinisch-westfälischen In-
dustriegebiet in Sonderzügen eingetroffen waren. Im Laufe
des Nachmittags kam es zu blutigen Zusammenstößen
zwischen kommunistischen Demonstranten und Ange-
hörigen des Witten Frontkämpferbundes, die sich in
den Straßen aufeinandergetrieben hatten. Schwer
verletzt ist einer der Beteiligten und zwar der Führer
des Witten Frontkämpferbundes, jedoch besteht keine Lebens-
gefahr. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Mit Pflastersteinen und Ratten aus Fenstern und von
Dächern.

Moskau, 12. Juni. Am Sonntagabend erfolg-
ten hier schwere Zusammenstöße zwischen Kommu-
nisten und der Polizei. Ein Stahlhaken wurde
zum Waffensymbol der Arbeiterbewegung und wurde
von den Dächern herab mit Pflastersteinen
und Ratten beworfen. Etwa 150 Kommunisten
umringten die Polizeistation, machten die Polizei-
instrumente unbrauchbar und schlugen auf die
Demonstranten ein. Nur mit Mühe gelang es
der Polizei, dem Stahlhaken den Weg in die Innen-
stadt frei zu machen. Drei Beamte wurden durch Stein-
würfe und Schläge verletzt, einer davon mußte ins
Krankenhaus gebracht werden. Die Zahl der Verletzten
wird mit rund 15 angegeben, darunter zwei Frauen,
die beim Überqueren der Straße von Wurfgeschossen
getroffen wurden. Einige der Hauptbeteiligten wurden
verhaftet.

Zusammenstöße zwischen Stahlhaken und
Noten Frontkämpfern.

Wien, 12. Juni. Bei einer heute nacht hier ent-
standenen Schlägerei zwischen Angehörigen des Stahl-
hakens und Mitgliedern des Witten Frontkämpferbundes
wurde ein Anhänger des Witten Frontkämpferbundes
und ein anderer Angehöriger der Polizei verletzt.
Zwei Angehörige des Stahlhakens und zwei Mitglieder
des Witten Frontkämpferbundes wurden festge-
nommen.

Kommunistische Demonstration in München.

München, 12. Juni. Am Sonntagabend versuchten
Gruppen von 40 bis 50 Kommunisten vor dem bayeri-
schen Reichstagsgebäude in München, die bayerische
Landes- und Polizei zu demonstrieren. Sie
wurden durch die Polizei daran gehindert, die De-
monstranten auseinanderzutreiben. Später versammelten
sich die Kommunisten abermals am St. Annaplatz und
vor der französischen Gesandtschaft und versuchten dort
zu demonstrieren. Auch hier wurden sie durch die Polizei
gestreut.

Festnahme kommunistischer Gewerkschaftsführer.

Paris, 12. Juni. Heute fand in St. Etienne eine
Feier zur Erinnerung an die Gründung der ersten
französischen Eisenbahngewerkschaft statt. Der Minister für
Eisenbahnwesen, L. B. L. wohnt, dieser Feier
bei, in deren Verlauf es zu einem Zwischenfall kam.
Die Nationalhymne gespielt wurde, erbrachten aus
der Zuschauerreihe Schüsse. Der Polizeichef wurde
dabei zu einem leichten Handgelenksbruch, bei
dem fünf Polizeibeamte Verletzungen erlitten. Nach
Feststellung der Verletzungen wurden alle Verhafteten

Die Nachwahl in Aube.

Paris, 12. Juni. Bei der Stichwahl, die heute im
Departement Aube zur Beratung des Nachfolgers des
verstorbenen Abgeordneten De Launay stattfand, wurde
der demokratisch-republikanische Kandidat, ange-
hörig der Einheitsliste der Mittel- und
Rechtsparteien, durch die Unter-
stützung des größten Teils der radikalen Wähler
mit etwa 2800 Stimmen gewählt. Sein kommunistischer
Gegenspieler, für den außer seinen Parteigenossen die
Sozialisten stimmten, erhielt 2500 Stimmen.

Dieser Wahl sah man mit besonderem Interesse en-
gegen. Der Ausgang ist nämlich deswegen von Bedeu-
tung, weil er viel als ein Ausweis für das Ver-
halten der bürgerlichen Parteien bei den
nächsten allgemeinen Wahlen aufgefaßt wird.
Trotz größter Anstrengungen der Radikalen und Sozia-
listen, ihre Kandidaten durchzuführen, gelang es durch
häufigere Wahlbeteiligung als im ersten Wahlgang den
Rechtsparteien, ihren Kandidaten durchzuführen.
Voincaré hat einen Erfolg erritten. In seinem Kabinett
sah man in der letzten Woche eine Krise und Sprünge
nehmen. Durch die Nachwahl im Departement Aube
werden diese aus der Welt geschafft. Andererseits wird
die Niederlage der Kommunisten für die
Regierung ein Aufporn sein, den Kampf gegen den Kom-
munismus fortzusetzen. Daß der Sieg des Bloc National
die französische Politik nicht gerade im Sinne
einer Annäherung an Deutschland beeinflussen wird,
dürfte sicher sein.

Kommunistischer Gemeinderatswahltag.

Paris, 12. Juni. Bei einer Nachwahl in Vervins
Seine drei kommunistischen Kandidaten in der Ver-
sammlung gewählt, darunter ein Bürgermeister, dessen
Wahl vor einiger Zeit für unmöglich erklärt worden war,
und ein im Gefängnis eine Strafe verbüßender Arbeiter.
Erst in letzter Minute folgte die Liste des Nationalen
Blocs und die der Sozialisten.

Von Nah und Fern.

Neue Verhaftungen im Vandalenland.

Berlin, 12. Juni. Der mit der Ausführung der un-
sanktionierten Vandalen- und Jagdverordnungen beauf-
tragte Berliner Untersuchungsrichter, der sich zur Ver-
folgung wichtiger Spuren nach Dresden
begeben hatte, ist heute nach Berlin zurückgekehrt.
Die Dresdener Ermittlungen, die zu zwei wichtigen
Verhaftungen geführt haben, ergaben neues schwer-
wiegendes Belastungsmaterial gegen den
bereits dreimal verhafteten und dreimal wieder freige-
lassenen früheren Inhaber der Berliner Doria Artur
Krausnick und den Jagdverordnungsverstoßverurteilten
Krausnick. Gegen beide wurde Haftbefehl erlassen und Krausnick
zum dritten Male verhaftet. Burehen hat sich, wie die
„Vossische Zeitung“ meldet, heute selbst den Behörden
gestellt und ist in Untersuchungshaft genommen worden.

Kraftwagenlinie Berlin-Weißensee.

Berlin, 12. Juni. Die Reichsbahnverwaltung will
besondere Eisenbahnkraftwagenlinien einrichten. Als
erste soll die Linie Berlin-Weißensee am 1. August d. J.
versuchsweise in Betrieb genommen werden.

Pennt Porten schwer erkrankt.

Berlin, 12. Juni. Pennt Porten, die erst kün-
ftig von einer Fischverarbeitung getrennt war, ist an
einem schweren Gelenkrheumatismus er-
krankt, der auch das Herz in Mitleidenchaft
zieht.

Schiffsunglück.

Greifswald, 12. Juni. Am Sonntag nachmittags
erlitt auf der Fahrt von Rügen nach einer anderen
Insel der Greifswalder Segler des Schiffes „Höf-
mann“ durch Reiben des Schiffs, das Schiff viel voll
Wasser und sackte ab. Der Schiffs erkrankt, während
sein Wirtshaus sich in den Wellen rettete.

Töblicher Unfall bei einem Automobilunfall.

Greifswald, 12. Juni. Bei heute hier vom
Allgemeinen Deutschen Automobilklub veranstalteten
Auto- und Motorradrennen trug der Sohn des
Greifswalder Kaufmanns Müller, Erwin Müller,
beim Rennen einer Kurve so unglücklich, daß er bald
nach seiner Einlieferung in die Klinik starb.

Vom Zuge überfahren und getötet.

Greifswald, 12. Juni. Gestern morgen 9 Uhr
ist zwischen Greifswald und Rügen ein
Bahnzug auf einem schmalen Bahnübergang ein
hiesiger Arbeiter von einem Personenzug überfahren
und getötet worden.

Durch einen Blitz getötet.

Magdeburg, 12. Juni. In Vorfeldern schlug ein
Blitz in einen Neubau und tötete zwei auf dem
Bau beschäftigte Leute.

Berufung im Plauener Streifmann-Prozess.

Plauen, 12. Juni. Der Termin in der Be-
rufungssitzung im Beleidigungsprozeß Dr. Streifmann
gegen den Plauener Rechtsanwalt Dr. Arthur Müller
ist auf den 5. Juli festgesetzt. Für die Be-
handlung sind drei Tage in Aussicht genommen.

Verhaftung des Bildhauers von Baden-Baden.

Baden-Baden, 12. Juni. Der Geschäftsführer des
hiesigen Kunstvereins, J. M. M., der fälschlich
einen Bildhauer verhaftet hatte, wurde in seiner
Wohnung verhaftet. Die gestohlenen Bilder
sind wieder herbeigefahren worden.

Neue Ausschreitungen gegen Deutsche in
Ostpreußen.

Kattowitz, 12. Juni. Neue Ausschreitungen pol-
nischer Nationalisten gegen Angehörige des deutschen
Volksbundes wurden gestern in Kattowitz be-
gangen, wo sich die deutschen Nationalisten zu einem feier-
lichen Empfang für den zur Firmung erschienenen
Bischof versammelt hatten. In der Nähe des Pfarr-
gebäudes drangen bewaffnete Aufständische auf die
Menge ein, trieben sie mit Kolbenstößen auseinander.
Ein unter verärgelter Führung des Volkes von
Kattowitz erhaltener harter Polizeieinsatz stellte die
Ruhe und Ordnung wieder her.

Explosion in einem Brüsseler Grubenloche.

Brüssel, 12. Juni. In einem Grubenloche
der Rue Gentilhomme erfolgte eine heftige Ex-
plosion, die einen Brand verursachte und großen Schaden
anrichtete. Bei der Explosion, durch die die Fenster der
benachbarten Häuser zertrümmert und das Pfaster der
Straße vor dem Laden aufgerissen wurde, wurden meh-
rere Personen verletzt.

Eisenbahnunglück in Frankreich.

Paris, 12. Juni. Auf der Strecke Pörs-Moulon
ist ein Personenzug bei der Einfahrt in den Bahnhof
eines kleinen Ortes entgleist. Ein Postbeamter, der
sich im ersten Wagen befand, erlitt schwere, eine Anzahl
Helfender leichtere Verletzungen.

Unwetter bei Mailand.

Rom, 12. Juni. In Cassino in der Nähe von
Mailand ging ein orkanartiges Hagelwetter nieder.
Vom Bahnhofsgelände wurde das Dach abgerissen.
Sechs Eisenbahnwagen wurden umgeworfen und ein
kleiner Wald, der sich in der Nähe der Bahn befindet,
wurde vollständig niedergebrennt. Menschenleben
sind nicht zu beklagen, dagegen ist die Ernte vollständig ver-
nichtet worden.

p. Rot-Kreuz-Tag
deutschen Polen Kreuz
ier in Bocholt von den
Roten Kreuz eine So-
gebnis von 655,22 Rei-
n. Tägliche Arbeit
sigen Arbeitsstunden in
Tage wieder beginnen
nicht ablenkbaren So-
Schularbeiten unter
Schule anzuerkennen.
das kleine Opfer der
Arbeiten beteiligen,
Winterhalbjahr mit g-
sch an selbständiges un-
Ohne regelmäßige und
keinen dauernden Erfolg
m. Silbergarten an
garten an der Karolin-
am Freitag, den 17. J-
s. Von der Colom-
Bocholt - Wefel am
Bahnhof zum verlasser-
R. aus Wefel von der
halten gebracht wurde.
Reinen schwer ver-
Hospital. Auch einige
sonen nach Wefel u-
p. Ehrenfesteinmel-
gungen Sonntag, mit
„Bürgertrug“ zum Ge-
lenen Mitglieder der
Polen Kreuz die feier-
durch den Vorsitzenden
inspektor Rausch, stat-
hörigen der gefallenen
der Kolonne, eingeleit-
geschmückt und in fe-
Polizei-Oberinspektor R-
bewogen Worten der M-
der Kolonne waren und
halten zu wollen. Die
Heldenlob farbten im-
scheller, Bernhard Rod-
Heinrich Bode, Heinrich
s. Neumühlen zur
mahlen zur Handwerks-
Zeit vom 1. April 1927
Joh. Imping als Mitgl-
Richtkriter als Erkenn-
wohl des Gefallenens
wurde Herr Anführer
gewählt.
pr. Dandabismus.
Montag haben mehrere
logen am Kaiser-Franz-
die diese aus ihrer Be-
müssen erwachsene und
denn sie haben unter g-
weil, auf dem die Bank
steht war, aus dem Be-
demotiert. — Die Bod-
num schon seit Jahren m-
plätze und dergl. auszu-
daß es immer wieder R-
heißt und Gemeinnüt-
schönungen beregeln
Zeit ließ die Stadtkor-
tor in einen schönen S-
sümlische Zierde des St-
Jah jeder Mensch, der S-
Hör schon in der ersten
Anlage rissen rote Bur-
zierpflanzen aus, von i-
miedergestunden wurde.
Zerstörungswut flamen.
benützt, die Täter zur
dienliche Angaben, die zu
werden von der Kriminal-
erleben. Es wird herbe-
origen Demolierungen in
des § 304 Reichsstrafge-
zur Verschönerung öffentl-
dienen“, die als Vergehen
geahndet werden und be-
Verlust der Bürgerlichen
hierbei ist selbst der Ver-
in den beiden erwähnte
pr. Vom Fundamt. 2
funden abgegeben: 1 Da-
1 Herenhu, Die Wogen-
feier in dem Zeite zurück-
1 Tappas-Gandshub.
n. Generalversammlung
bundes. Es wird hingew-
in Essen stattfindende Ge-
Ausführliche Mitteilun-
des Frauenlandes. Unm-
entgegen genommen am
Rechtschulstelle, Langen-
wird jede Auskunft erlei-
Begründungen für die G-
m. Volksabst. Bocholt.
Sprecherin ab am Mitt-
von 9-10 Uhr bei Ritters,
Hengstmann und in Un-
Auskunft wird erteilt an
Unvollständ. und Ungef-
und Gewerkschaften, in Er-
wertungsfragen sowie in
und öffentlichen Reden.
m. Sonntagstraße am
jährlicher unangesehener
gelungen, durch Gewerke-
Frontkämpferbund, das S-

Nur noch wenige Tage in den bisherigen Geschäftsräumen. ✱ Benutzen Sie deshalb diese billige Kaufgelegenheit.

Bis zu 50 Prozent im Preise ermäßigt

EDUARD HERZFELD, BOCHOLT

